

Irreguläre Migration und Schleusung



Irregulär aufhältige Personen, deren Aufenthalt den Behörden bekannt ist und die im Kontakt mit den Behörden stehen.



Irregulär aufhältige Personen, die nicht oder nicht mehr im Behördenkontakt stehen und deren Aufenthaltsort nicht oder nicht mehr bekannt ist.

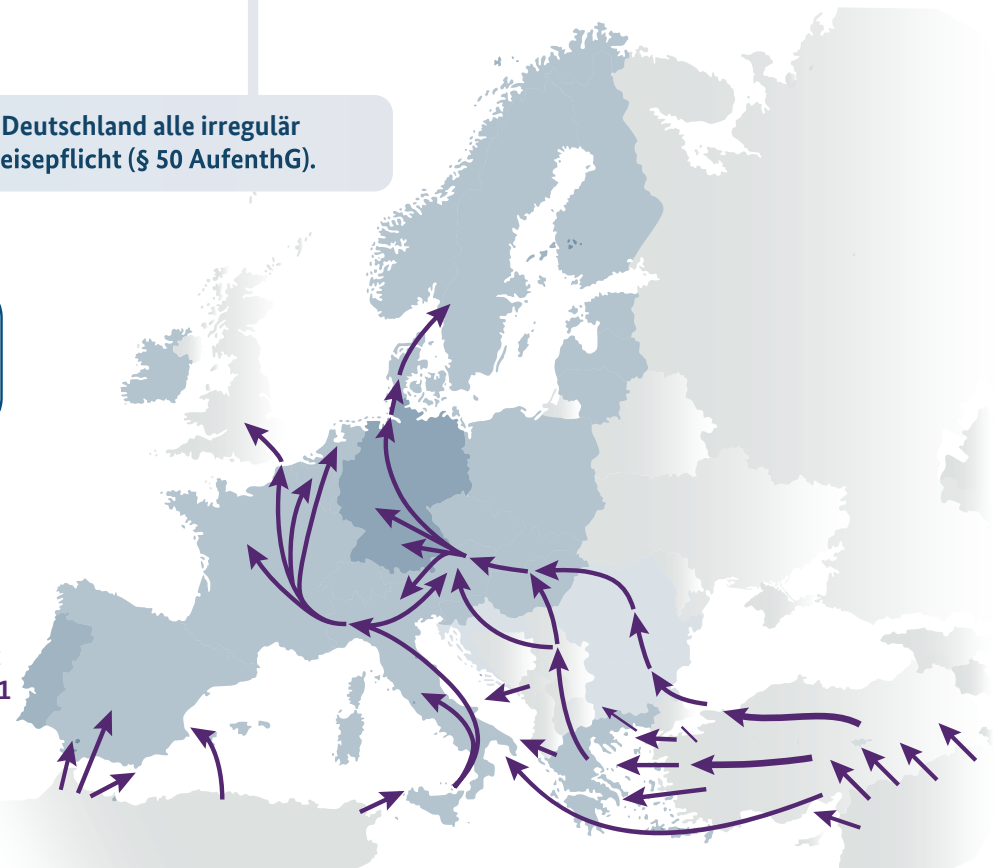
Grundsätzlich unterliegen in Deutschland alle irregulär aufhältigen Personen der Ausreisepflicht (§ 50 AufenthG).

Duldung

Ist eine Rückführung nicht möglich, wird eine Bescheinigung über die Aussetzung der Abschiebung ausgestellt (**sogenannte Duldung; § 60a AufenthG**). Die Ausreisepflicht besteht weiter.

Irreguläre Migration und Schleusung sind strafbar.
(§§ 95, 96 AufenthG)

Ausnahme: Asylsuchende, die sich unverzüglich nach ihrer Einreise bei den zuständigen Stellen melden und deren Flüchtlingseigenschaft festgestellt wird, bleiben straffrei (**§ 95 Abs. 5 AufenthG i. V. m. Art. 31 Abs. 1 GFK**). Zur Durchführung des Asylverfahrens ist der Aufenthalt gestattet (**§ 55 Abs. 1 AufenthG**). Auch während der Duldung ist die Strafbarkeit ausgesetzt.

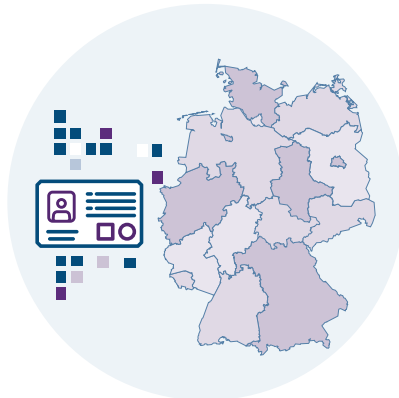


Maßnahmen der Migrationskontrolle

Externe Kontrollen
(u. a. über Visa-Verfahren, Außengrenzkontrollen, Schengener Informationssystem)



Interne behördliche Kontrollen
(v. a. Aufenthaltstitelpflicht)



Informationsgewinnung und Datenaustausch
in Zusammenarbeit mit EU und Drittstaaten



Informationskampagnen
in Drittstaaten



Maßnahmen zur Beendigung des irregulären Aufenthalts

Rückkehr

- **Freiwillige Rückkehr:** staatliche sowie nichtstaatliche Programme zur Rückkehrförderung und Reintegration (z. B. REAG/GARP)
- **Rückführung**



Aufenthaltserlaubnis

- Aus humanitären Gründen (**§ 25 Abs. 5 AufenthG**)
- Aufgrund von Integrationsleistungen (**§§ 25a, 25b AufenthG**)
- Aufgrund der Erwerbstätigkeit /Ausbildung (**§ 19d AufenthG**)
- Härtefälle (**§ 23a AufenthG**)

